

## Diskussionspapier

# Bedingungsloses Grundeinkommen

Die Idee ist reizvoll, weil sie Freiheit schafft; aber sie ruft sofort eine große Zahl von Fragen und Bedenken hervor. Es ist nicht leicht, sich zu entscheiden. Vorhersehbar sind auch Probleme bei der Vermittlung dieser Idee: Ein Einkommen ohne Gegenleistung und ohne Bedürfnisprüfung als sozialstaatliches Bürgerrecht zu denken, wird meistens rundweg abgelehnt.

### Nachteile:

- Ein Nachteil liegt auf der Hand: das hohe Umverteilungsvolumen.
- Es ist selbst dann sehr hoch, wenn man die Höhe des Grundeinkommens sehr niedrig ansetzt - also auf der Höhe des Existenzminimums im Sinne der heutigen Sozialhilfe. Es müsste dann umfassen und würde ablösen:
  - die traditionelle „Hilfe für den Lebensunterhalt“ u. ä. „Grundsicherungen“
  - eine angemessene Miete (konkret oder pauschaliert nach den örtlichen Verhältnissen)
  - die Kopfprämie für die Krankenversicherung (im Sinne einer Basisversicherung)
  - den Beitrag zur Pflegeversicherung
  - eine Privathaftpflichtversicherung (entbehrlich wegen Pfändungsfreigrenzen?)
- Das Grundeinkommen verdrängt nicht zwingend oder sollte (?) fortbestehen lassen:
  - lohnbezogene Beiträge zur Altersversorgung, weil das Grundeinkommen lebenslanglich unabhängig von anderem Einkommen gezahlt wird und weil für den Fall der späteren Erwerbsunfähigkeit nur (selbständiges und unselbständiges) Arbeitseinkommen versichert werden muss („Lohnersatzesinkommen“ zur Lebensstandardsicherung)
  - lohnbezogene Beiträge zur Arbeitslosenversicherung als Lebensstandardsicherung

### Vorteile:

- Das Grundeinkommen kann die Basis der Finanzierung des „dritten Sektors“ der sozialen Gesamtordnung werden, in welchem das Streben nach Gegenleistungen nicht das vorherrschende Tätigkeitsmotiv ist; das Grundeinkommen kann eine Berufsausübung in der Kultur (Wissenschaft, Kunst und Religion) und im Bereich der sozialen Dienstleistungen erleichtern.
- Das Grundeinkommen macht eine große Zahl von steuerfinanzierten Sozialleistungen überflüssig (siehe Rückseite). Die Konzentration auf eine einzige Leistung bewirkt eine große Verwaltungsvereinfachung, auch wenn es wesentlich mehr Zahlungsempfänger gibt.
- Die entfallenden Sozialleistungen sind zu einem großen Teil mit Bedürfnisprüfungen verbunden, die einen hohen bürokratischen Aufwand erfordern. Ihr Wegfall dient nicht nur der Verwaltungsvereinfachung, sondern auch dem Anliegen des Schutzes persönlicher Daten: Schluss mit dem Sozialstaat als Schnüffelstaat!
- Bei gleichzeitiger Umstellung des Steuersystems auf Verbrauchssteuern hört auch der Steuerstaat auf, ein Schnüffelstaat zu sein, der den Datenschutz ständig mit Füßen tritt.

## Finanzierung:

- Aus den Steuermitteln für die wegfallenden steuerfinanzierten Sozialleistungen (siehe unten)
- Mit Hilfe einer Mehrwertsteuer- und/oder anderer Verbrauchssteuererhöhungen.
- Längerfristig auch aus der Abschöpfung der Bodenrente, die den Eigentümern des Bodens und anderer natürlicher Ressourcen zufließt und bei ihnen heute noch verbleibt, obwohl sie als „Erbteil des gesamten Menschengeschlechts“ (John Stuart Mill) angesehen werden muss. An der Bodenrente soll daher jeder Mensch, solange er lebt, weltweit einen gleichen Anteil erhalten. Dies ist als Menschenrecht (kein Staatsbürgerrecht) international anzuerkennen. - Der persönliche Anteil an der Bodenrente sollte, weil er einen ganz anderen Rechtsgrund hat, erlebbar bleiben und deshalb unabhängig vom bedingungslosen Grundeinkommen ausgezahlt werden, kann aber dessen notwendige (insgesamt existenzsichernde) Höhe reduzieren.

## Fragen:

Die Antworten auf die nachstehenden Fragen hängen zum Teil von den Funktionen ab, die man einem bedingungslosen Grundeinkommen zubilligt. Gesetzliche (in der Regel steuerfinanzierte) Leistungen zur Sicherung des soziokulturellen Existenzminimums sind zu unterscheiden von (in der Regel beitragsfinanzierten) Lohnersatzleistungen, die den bisherigen - individuell unterschiedlichen - Lebensstandard (ver)sichern sollen und nicht nur das - für alle gleiche - Existenzminimum; aber der gesetzliche Zwang zur Versicherung wird fraglicher, wenn die beiden Ziele getrennt werden und das Existenzminimum durch ein bedingungsloses Grundeinkommen bereits für jedermann lebenslang gesichert ist; man kann vertreten, dass jenseits des Existenzminimums das Reich der privaten Versicherungsfreiheit beginne, das zu betreten niemand gezwungen werden soll.

- Sollen alle anderen Sozialleistungen, die dem Lebensunterhalt dienen, wegfallen?

- das Kindergeld	ja	steuerfinanziertes Existenzminimum
- das BAföG	ja	steuerfinanziertes Existenzminimum
- Sozialhilfe (zum Lebensunterhalt)	ja	steuerfinanziertes Existenzminimum
- ALG II	ja	steuerfinanziertes Existenzminimum
- Grundsicherung im Alter	ja	steuerfinanziertes Existenzminimum
- Grundsicherung für Erwerbsunfähige	ja	steuerfinanziertes Existenzminimum
- Arbeitslosengeld	?	beitragsfinanzierte Lohnersatzleistung
- Altersrenten	?	beitragsfinanzierte Lohnersatzleistung
- Invaliditätsrenten	?	beitragsfinanzierte Lohnersatzleistung
- Gesetzliche Unfallrenten	?	beitragsfinanzierte Lohnersatzleistung
- Krankengeld der GKV	?	beitragsfinanzierte Lohnersatzleistung
- Pflegeversicherung	nein	Versicherungsleistung
- Sozialhilfe in besonderen Lebenslagen	nein	Bedürfnisorientiert + steuerfinanziert
- Wohngeld	?	steuerfinanziertes Existenzminimum
- Was ist übergangsweise zu bedenken?
  - Bei Beibehaltung der beitragsfinanzierten Lohnersatzleistungen:
    - wenn die Leistungshöhe nicht bedürfnis-, sondern beitragsorientiert ist, braucht sich gar nichts zu ändern; der Lohnersatz tritt als Versicherungsleistung an die Stelle des Lohnes; das Grundeinkommen läuft weiter wie zur Zeit des Lohnbezugs.
  - Bei Abschaffung aller beitragsfinanzierten Lohnersatzleistungen:
    - bei der Rentenversicherung müssen die Renten bezahlt werden, soweit sie durch in der Vergangenheit gezahlte Beiträge bereits verdient wurden; dazu müssen noch über viele Jahrzehnte nach und nach sinkende Beiträge erhoben werden, durch die aber keine zusätzlichen Rentenansprüche erworben werden.
    - das Arbeitslosengeld und das Krankengeld können jederzeit eingestellt werden.